

## **Antrag A12**

**Antragssteller\*in:** BV Neukölln, BV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Die Berliner S-Bahn zum Rückgrat der sozial-ökologischen Verkehrswende 2 in Berlin machen. Beratung über den Abbruch der S-Bahn-Ausschreibung!**

- 3 1. DIE LINKE Berlin lehnt die Ausschreibung zu Betrieb und Instandhaltung auf den S-Bahn-  
4 Teilnetzen „Nord-Süd“ und „Stadtbahn“ in der vom Senat beschlossenen Form ab, da hierin  
5 nicht sichergestellt ist, dass die Ausschreibung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten  
6 ausgetragen und die S-Bahn auch zukünftig aus einer Hand betrieben wird.
- 7 2. Auf der Grundlage des Landesausschuss-Beschlusses 7-4/2020 vom 18. September 2020  
8 werden die Vertreter\*innen der LINKEN im Abgeordnetenhaus, im Senat und im Lenkungskreis  
9 S-Bahn aufgefordert, dem Landesparteitag über den jetzigen Stand der Verhandlungen zur S-  
10 Bahnausschreibung sowie ihre Position und Strategie in diesen Verhandlungen ausführlich und  
11 transparent Rechenschaft abzulegen. Insbesondere sollen die folgenden Fragen beantwortet  
12 werden:
  - 13 a) Ist eine umfassende Beschäftigungsgarantie bei Erhalt aller bisherigen Arbeits- und  
14 Sozialstandards für alle Beschäftigten nun sichergestellt, wie es der Beschluss 7-  
15 4/2020 fordert?
  - 16 b) Ist der reibungslose Betrieb der S-Bahn durch verpflichtende Kriterien für alle  
17 Bieter\*innen in der Ausschreibung sichergestellt?
  - 18 c) Welche Maßnahmen wurden im Berliner Senat unternommen, um Verhandlungen mit  
19 der Deutschen Bahn AG und der Bundesregierung als deren Eigentümerin  
20 aufzunehmen, damit das Land Berlin die S-Bahn Berlin GmbH entweder übernehmen  
21 kann oder diese in eine inhouse-fähige gemeinsame Gesellschaft überführt wird, um  
22 eine Direktvergabe zu ermöglichen – und wie ist der derzeitige Stand der Diskussion im  
23 Senat?
- 24 3. Auf der Grundlage des Rechenschaftsberichts soll der Landesparteitag darüber ausführlich  
25 beraten und entscheiden, ob ein Abbruch der Ausschreibung aus Sicht der LINKEN notwendig  
26 ist.
- 27 4. DIE LINKE. Berlin fordert ihre Vertreter\*innen im Abgeordnetenhaus und Senat dazu auf, sowohl  
28 ein umfassendes Konzept für den Aufbau eines landeseigenen Unternehmens zum Betrieb der  
29 Berliner S-Bahn zu entwickeln, als auch einen Fahrplan zum Einstieg der Länder Berlin und  
30 Brandenburg in die S-Bahn Berlin GmbH.
- 31 5. DIE LINKE unterstützt das Ziel des Bündnisses „Eine S-Bahn für alle“, eine Zerschlagung der S-  
32 Bahn zu verhindern, und setzt sich dafür ein, die negativen Auswirkungen der drohenden  
33 Zerschlagung für Beschäftigte, Fahrgäste sowie die sozial-ökologische Verkehrswende in Berlin

34 durch Diskussionsveranstaltungen und eine ambitionierte Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu  
35 machen.

36 Begründung:

37 DIE LINKE. stellt sich gegen Privatisierungen öffentlicher Güter und den damit einhergehenden  
38 Ausverkauf von Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlichen Errungenschaften. Genau das droht aber  
39 bei der S-Bahn-Ausschreibung. Daher muss sich die LINKE mit aller Kraft dafür einsetzen, Alternativen  
40 auszuarbeiten und für diese zu kämpfen.

41 Im Beschluss 7-4/2020 vom 18. September 2020 forderte der Landesausschuss die Vertreter\*innen  
42 der LINKEN im Abgeordnetenhaus und im Senat auf, in den weiteren Verhandlungen darauf hinzuwirken,  
43 dass die Ausschreibung der S-Bahn nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und die  
44 S-Bahn künftig aus einer Hand betrieben wird. Damit bekräftigt der Landesausschuss die Ziele des  
45 Landesparteitagsbeschlusses vom 23. September 2019: Die Ausschreibung der S-Bahn darf nicht auf  
46 dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden und es ist unerlässlich, dass die S-Bahn künftig  
47 weiter aus einer Hand betrieben wird!

48 Seit Beginn der Ausschreibung im Mai 2020 wurden keine nennenswerten Verhandlungserfolge in  
49 diesem Sinne bekannt. Dem Landesvorstand wurde seit dem Landesausschuss-Beschluss vom 18.  
50 September 2020 nicht mehr über den Fortlauf der Verhandlungen berichtet.

51 Es ist dringend notwendig, dass DIE LINKE. über einen Abbruch der Ausschreibung berät und  
52 entscheidet. Das fordern unter Anderem auch die Beschlüsse der Hauptversammlung der LINKEN  
53 Friedrichshain-Kreuzberg vom 10.10.20, des Vorstands der LINKEN Tempelhof-Schöneberg vom  
54 27.10.20, der BO Wedding vom 26.10.2020 und der LAG Rote Beete vom 04.11.20.